

2025 – dank Handelsstreits ein Jahr für die Geschichtsbücher



3 Kein absehbares Ende des Handelsstreits zwischen China und den USA

Die Wirtschaft lässt sich von den USA keine Friedensbedingungen diktieren

5 Chinas Beharrlichkeit ist für Trump problematisch

Die Volksrepublik ist sich ihrer Stärken bewusst und bietet den USA die Stirn

7 Der Wettbewerb um Rohstoffe nimmt nochmals Fahrt auf

Pekings Überlegenheit beruht nicht nur auf beachtlichen Bodenschätzen

12 Europa steckt in der Zwickmühle – so könnte es weitergehen

Europa muss sich behaupten, ohne bewährte Partnerschaften zu vernachlässigen



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

2025 – Krisenjahr für Einkauf und Gesamtwirtschaft

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Rückblick auf die Berichterstattung im Jahr 2025 waren die Begriffe „Krise“ und „Krieg“ allgegenwärtig. Anlass zur Sorge gab es an vielen Stellen. Und es gibt ihn weiterhin. Denn etliche wirtschaftliche Probleme werden uns weit über das Jahr hinaus begleiten. Hoffnung gab es zum Beginn des 4. Quartals im Nahen Osten, wo sich ein allmählicher, allerdings auch fragiler Frieden abzeichnete. Zur selben Zeit brachte die Bundesregierung Reformen auf den Weg, um Deutschlands Wirtschaft zur alten Stärke zu verhelfen. Rente, Bürgergeld und Verkehr sind 3 der großen Themen, bei denen weitreichende Änderungen geplant sind. Im Rohstoffsektor entwickelten sich die Edelmetalle abermals zu einem Problemkind für den Einkauf. Entlastungen gab es wiederholt auf dem Energiemarkt.

Mit besten Grüßen,
Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3



Der Handelskonflikt wird die Wirtschaft noch lange beeinflussen

NEWS 5



Geraten die USA gegenüber China dauerhaft ins Hintertreffen?

NEWS 7



Europas Wachstum hängt an Chinas Lieferbereitschaft von Rohstoffen

KURZMELDUNGEN 12



Deutschland und die EU müssen zur alten Stärke zurückfinden



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „2025 – dank Handelsstreits ein Jahr für die Geschichtsbücher“ liegt der Ausgabe 12/2025 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Großer kritischer Faktor: Die Beziehungen zwischen den USA und China

Das Jahr endet, wie es begonnen hat: mit US-Zöllen. Während bei Redaktionsschluss über die ausstehende Supreme-Court-Entscheidung zu Trumps Politik nur spekuliert werden konnte, verschärfte der US-Präsident seinen Kurs. Ziel war erneut vorrangig China. Die Ankündigung kam insofern überraschend, da zuvor etwas Ruhe zwischen den beiden führenden Wirtschaftsnationen eingekehrt war. Stein des Anstoßes und Grund der neuerlichen Zolldrohungen waren die nochmals verschärften chinesischen Kontrollen bei der Ausfuhr Seltener Erden. Die Drohung sorgte für Börsenbeben und verdeutlichte, wie empfindlich die Wirtschaft nach wie vor auf Schlagzeilen reagiert.

Die Annäherung der Großmächte steht auf sehr dünnem Eis

Noch im Juni schienen die Wogen in den Handelsbeschränkungen zwischen der Volksrepublik und den USA etwas geglättet. Kurz zuvor hatte China bereits Zölle auf Seltene Erden verhängt. Im Nachgang von Gesprächen hatten sich Vertreter beider Länder auf Lockerungen und einen Verzicht auf weitere Gegenmaßnahmen verständigt, die auf Umwegen auch für Europa eine gewisse Entspannung der Lage in Aussicht stellten. Inzwischen scheinen sich die Fronten wieder zu verhärten. Von der besagten Deeskalation war im Oktober nicht mehr viel zu sehen; Zölle in Höhe von bis zu 100 % auf ausnahmslos alle chinesischen Einfuhren stellte Donald Trump ab November in Aussicht, sollte Peking bei Seltenen Erden nicht von seiner „außerordentlich aggressiven“ Exportpolitik abrücken. Die Börsen schickte der US-Präsident durch seine Aussagen auf Talfahrt.

Herbstgutachten des Bundes rechnet mit schnellerem Wachstum

Eine zusätzliche, langfristige Zuspitzung der Zollkrise käme zu einem schlechten Zeitpunkt. Nicht nur deshalb, weil dies den Druck auf die Börsen und den Rohstoffmarkt erhöhen würde. Vielmehr stellt der Konflikt ein Risiko für die optimistischeren Erwartungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft im Allgemeinen und im Speziellen für Europa und Deutschland dar. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche nämlich hatte Mitte Oktober die neueste „Herbstprojektion“ vorgestellt, die von einem merklichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft ab dem kommenden Jahr ausgeht. Um 1,3 % könnte das Bruttoinlandsprodukt 2026 laut der Bundesregierung wachsen, 2027 im nächsten Schritt um 1,4 %. Im Frühjahr hatte die geschäftsführende Regierung für dieses und nächstes Jahr lediglich ein Plus von 1 % vorhergesagt. Volatil und unklar bleibt die Situation dennoch.

So erwartet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das laufende Jahr inzwischen nur noch ein Wachstum um 0,3 %, während die Experten für die Weltwirtschaft ein Plus von 3,2 % (+ 0,3 % gegenüber der Juni-

Vorhersage) erwarten. Dank der ambitionierten Fiskalpolitik des Bundes konnte Deutschland zum Jahresende den Nachbarn Frankreich in puncto Wachstum hinter sich lassen.

Deutschland könnte für Europa wieder an Bedeutung gewinnen

Die Investmentbank Goldman Sachs rechnet für die kommenden Jahre mit einem BIP-Anstieg um 1,4 %, womit Deutschland sogar besser als der Euroraum abschneiden könnte. Für die Währungsgemeinschaft gehen die Analysten von einem Wachstum in Höhe von 1,2 % aus. Wichtig ist jedoch, dass die Bundesregierung mit ihrem Expansionskurs dauerhaft erfolgreich ist. Hier wiederum werden auch und gerade die Beziehungen zu den USA ausschlaggebend sein. Frankreichs Krise hingegen hat etwa nach Einschätzungen der Bank ING das indirekte Potenzial, als eine Art Flächenbrand auf andere Länder Europas überzugreifen. Noch aber halte sich das „Ansteckungsrisiko“ in Grenzen, wie ING-Chefvolkswirt Carsten Brzeski kürzlich betonte. Gebannt sind die Gefahren aber keineswegs. Mehr noch: Steckt Frankreich in der Krise, könnten Gelder abgezogen und stattdessen in Deutschland investiert werden.

Wachstum gelingt nur durch innere und äußere Stabilität

Der positivere Ausblick der Bundesregierung wurde von den eigenen Experten gleichzeitig bedingt gedämpft. In letzten Stellungnahmen verwies die Koalition auf die „sprunghafte Handels- und Sicherheitspolitik der USA“. Dies sei einer der größten Risikofaktoren für das Wachstum, wobei es in diesem Zusammenhang gleichzeitig um mögliche Gegenreaktionen von US-Handelspartnern gehe. Chinas Rohstoffkurs als ständigen Begleiter in der Krise erwähnte die Bundesregierung zwar nicht ausdrücklich; eine solche Erwähnung brauchte es angesichts der Auswirkungen vergangener wechselseitiger Sanktionen jedoch auch nicht. Bundesministerin Reiche sah in den geplanten hohen Staatsausgaben und Sondervermögen den wichtigsten Baustein für das erhoffte deutsche Wachstum in den nächsten Jahren. Fraglich ist, wo Investitionen wirtschaftlich am schnellsten Wirkung zeigen können.

Wirkung könnten Investitionen nur zeigen, wenn sie durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren überhaupt möglich gemacht würden, so Reiche. Es gelte, den heimischen Reformstau aufzulösen. Dem Fördern privater Investitionen und spürbarer Senkungen der Energiekosten komme ein vergleichbar hoher Stellenwert zu.

Die Regierung – eine „Koalition der dauerhaften Querelen“?

Selbst, wenn sich die Erwartungen des Bundes mit denen etlicher großer Wirtschaftsinstitute decken, darf sich die Politik nicht allein auf ihren Zielen und ersten Erfolgen ausruhen. Diese Meinung vertrat auch Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. Deutschland befinde sich zwar auf einem Weg. Nachhaltiges Wachstum sei dabei nur dann erreichbar, wenn konsequent „in die Modernisierung und die Zukunftsfähigkeit des Landes“ investiert wird. Sich auf dem Erreichten auszuruhen sei keine Option. Unionsparteien und SPD stehen unter massivem Handlungsdruck, so Klingbeil. Der eingeschlagene harte Konsolidierungskurs sei alternativlos, um Lücken im Haushalt für das Jahr 2027 zu schließen. Die Umsetzung der Pläne ist nicht allein wegen koalitionsinterner Streitigkeiten eine Herausforderung. Die schwierige Lage auf dem Weltmarkt erschwert dem SPD-Politiker zufolge eine reibungslose politische und wirtschaftliche Wende im Land.

Verbände fordern mehr als reine Investitionspolitik

Die Volatilität erster günstiger Wachstumsimpulse mahnten auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden an. Allen voran die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK). Der Standort Deutschland müsse besser werden, um dauerhaftes Wachstum zu generieren. Der Verband kritisierte, dass die strukturellen Probleme weiterhin bestehen. Ohne bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen lasse sich kein dauerhafter Aufschwung erreichen. Geringere Arbeits- und Energiekosten auf der einen sowie eine Reduzierung bürokratischer und steuerlicher Lasten auf der anderen Seite seien Grundvoraussetzung, damit sich Deutschland im internationalen Wettbewerb besser positionieren kann.

Eine Warnung gab es zum Beginn des 4. Quartals auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH): Ein Aufschwung allein auf Basis staatlicher Ausgaben sei nicht zielführend. Die Kritik zielte an dieser Stelle ebenfalls auf überfällige Struktur-reformen ab. Ohne diese drohe ein Rückfall in die ökonomische Stagnation der letzten beiden Jahre und ein „Auslaufen der Konjunkturimpulse“.

Weltweites Wachstum nur mit verlässlichen US-China-Beziehungen

Wie eng der dringende Aufschwung der deutschen Wirtschaft mit den globalen Problemen verbunden ist, zeigte im Oktober der schärfere Ton im Handelsstreit zwischen den USA und China.

Dieser könnte zwangsläufig im gleichen Maße Länder in Europa treffen – in besonderer Weise die deutsche Industrie, die auf eine sichere Versorgung mit Rohstoffen aus China angewiesen ist. Verschiedene Medien berichteten über die zunehmenden Versorgungsängste deutscher Unternehmen. Die Suche nach Lösungen laufe auf Hochtouren. Die chinesische Regierung begründete ihre verschärften Exportkontrollen im Bereich der Seltenen Erden mit den eigenen Sicherheitsbedenken wegen der US-Zolldrohungen. Bei wem die Verantwortung für die Zuspitzung der Krise liegt, lässt sich inzwischen immer schwieriger beantworten.

Hohe Frachtraten belasten die Wirtschaft ebenfalls

Entscheidender als die Suche nach der Ursache der Krise sind ohnehin die Auswirkungen auf die Wirtschaft. Experten wie Matthias Rüth, Geschäftsführer des bekannten Frankfurter Technologiemetall-Lieferanten Tradium sieht bei Seltenen Erden die Gefahr von Preissteigerungen um bis zu 200 %. Ein Bieterstreit um die begehrten Ressourcen aus China sei längst im Gange. Deutschland und Europa drohen noch mehr als bisher zum Spielball im Streit zwischen Washington und Peking zu werden. Rüth und andere Branchenkenner sehen für deutsche Unternehmen ein reales Risiko für Produktionsengpässe mit unabsehbaren Folgen. Mancherorts könnten „die Bänder stillstehen“, sollte China die Stellschrauben weiter anziehen. Ein Vorbote einer weiteren Eskalation des Handelsstreits waren die Ankündigungen der USA und Chinas, neue Gebühren im Schiffsverkehr erheben zu wollen. Der Ton der chinesischen Regierung wurde zusehends rauer. Man sei bereit, den Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten bis zum Ende zu gehen, was immer dies genau bedeuten mag. Den Preis für den Konflikt zahlt Europa schon heute. Der Schaden indes könnte in den kommenden Monaten noch zunehmen.

Neue Energien und KI könnten Zeitenwende bei Rohstoffen bedeuten

Im nächsten Kapitel wird die Auseinandersetzung der beiden wichtigsten Volkswirtschaften im Kontext der Trends am Rohstoffmarkt im Jahr 2025 deshalb im Mittelpunkt stehen. Richtig ist: Die Erfolge der Bundesregierung bei der Bewältigung der Krise stehen und fallen nicht zuletzt mit dem weiteren Verlauf des Handelskonflikts auf höchster Ebene. Gerade in Wachstumsmärkten wie erneuerbaren Energien oder Künstlicher Intelligenz wird künftig die Versorgung mit Seltenen Erden ein entscheidender Punkt für Deutschlands Wachstum sein. Die schrittweisen Einschränkungen der Lieferungen aus China und die aus dieser Sanktionierung folgende Preisexplosion bei Rohstoffen wie Yttrium oder Terbium lasten schwer auf vielen heimischen Unternehmen, die sowieso schon Mühe haben, nicht vollends den Anschluss an die Weltspitze in den genannten Märkten zu verlieren. Noch fehlt es der europäischen Industrie an Konzepten, um sich von der chinesischen Relevanz in diesem Sektor zu lösen.

NEWS

China nutzt seine Stärke und könnte Europas Innovationen ausbremsen

Durch den noch restriktiveren Kurs bei der Ausfuhr Seltener Erden stellte China im laufenden Jahr gleich in mehrfacher Hinsicht die eigene Relevanz auf dem internationalen Rohstoffmarkt unter Beweis. In erster Linie waren die Begrenzungen der Rohstoffexporte ein wirtschaftlich eindeutiger Fingerzeig in Richtung des US-Präsidenten. Zudem demonstrierte die Volksrepublik ein ums andere Mal die Bereitschaft, sprichwörtlich Gleiches mit Gleichem zu vergelten und dem internationalen Boom in den Sparten Rüstung und Künstliche Intelligenz im eigenen Interesse wirksam einen Riegel vorzuschieben. Ohne Chinas Rohstoffe sind die USA und Europa vor zahlreiche Probleme gestellt.

China und die USA können nicht mit und nicht ohne einander

Von seinen Möglichkeiten, auf dem Markt für Seltene Erden den Hebel anzusetzen, könnte China in den kommenden Monaten noch weitaus häufiger Gebrauch machen. Zumindest in Phasen, in denen Donald Trump einmal mehr den chinesischen Handel mit Sanktionen überzieht oder solche Schritte zumindest ankündigt. Noch scheint Peking gewillt, eine – wenn auch kostspielige – Versorgung zu garantieren. Erfreulich immerhin war eine Nachricht aus dem Weißen Haus zum Ende der 3. Oktoberwoche: US-Finanzminister Scott Bessent gab zu Protokoll, der US-Präsident wolle Chinas Präsidenten Xi Jinping noch im selben Monat treffen.

Überraschend war diese Meldung insofern, als Trump selbst mehrfach mehr oder minder eindeutig Abstand von seiner vorherigen Gesprächsbereitschaft genommen hatte. Bessent sagte jedoch, zwischen beiden Staaten gäbe es einen täglichen Austausch über einen Termin für ein Treffen der Staatsoberhäupter. Anders als es Medien berichteten, wolle man die Beziehungen zum Partner China durchaus aufrechterhalten.



Der Handelsstreit trifft die USA in vielen Bereichen härter als China (Quelle: eigene Grafik).

Chinas Handel trotz Handelsstreits in der Gewinnzone

Washington wolle keine weitere Eskalation des Handelskonflikts. Es sei gar dem guten Verhältnis zwischen Trump und Xi geschuldet, dass es zur momentan geltenden 90-tägigen Pause im Streit kommen konnte. Die zentrale Frage seit Monaten lautet:

Wem schadete der Streit zwischen den beiden größten Volkswirtschaften am ehesten? Aktuelle Zahlen zu Chinas Außenhandel für den September gaben in diesem Punkt eine eindeutige Antwort. Obwohl sich ständig neue Streitthemen auf der Liste der Knackpunkte im Konflikt einfinden (könnten) – etwa mögliche Beschränkungen für Software-Exporte aus China oder die angebotenen 100%igen Zölle auf alle Einfuhren aus der Volksrepublik –, erlebte der chinesische Handel sowohl bei den Ein- als auch den Ausfuhren im besagten Monat gegenüber dem Vorjahresmonat einen starken Anstieg. In US-Dollar gerechnet lag das Plus laut der Pekinger Zollbehörde bei 8,3 % im Bereich der Ausfuhren, während die Einfuhren um 7,4 % zulegen konnten.

Ausgleich von US-Absatzproblemen durch andere Partnerschaften

Möglich wurde dieses chinesische Wachstum durch die Verlagerung der Geschäfte. Zutreffend ist, dass Exporte in die USA im Vergleich zum September 2024 um 27 % und Importe aus den USA um 16,1 % gesunken waren. Gleichzeitig verschifft China inzwischen weitaus mehr Waren in afrikanische und südostasiatische Partnerländer. Exporte in Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) stiegen um 15,6 %. Damit wächst die Bedeutung des größten Handelspartners der Volksrepublik. Ausfuhren nach Afrika legten im September sogar um 56 % zu. Gestiegen sind im Übrigen auch die deutschen Importe (+ 10,9 %) und Exporte (+ 1,8 %). Chinas Außenhandel übertraf die Exporterwartungen im Referenzmonat deutlich. Gravierende Handelsschäden verursachen die US-Maßnahmen also eher nicht.

Die USA werfen China gewollte Lieferketten-Dominanz vor

Die Kehrseite des Streits: Chinas Exportkontrollen bei Seltenen Erden setzen viele Länder und Branchen unter erheblichen Druck. Betroffen ist unter anderem die Rüstungsindustrie außerhalb Chinas, wie Maximilian Butek von der Deutschen Handelskammer in Ostchina zu bedenken gab. Die Schwelle der Regulierung sei faktisch so niedrig angesetzt, dass selbst deutsche Unternehmen mit überschaubarem Bedarf an Seltenen Erden

von den nahezu flächendeckenden Sanktionen betroffen seien. Deshalb sei ein enger Austausch zwischen Deutschland und China unerlässlich. Zumal nicht nur die Beschaffung der Rohstoffe ein Problem ist. Der Handelsstreit hat in naher Vergangenheit außerdem für höhere Hafengebühren und Frachtraten für Supertanker gesorgt.

Auch dies trifft die gesamte Weltwirtschaft empfindlich – erst recht in Verbindung mit den gestiegenen Preisen für Seltene Erden und viele Rohstoffe wie Edelmetalle. Die Kritik des US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer an den ausgeweiteten chinesischen Exportkontrollen für Seltene Erden, die eine Abkehr von bestehenden Handelsabkommen zwischen den USA und China sind, verdeutlicht die Sorgen in den Vereinigten Staaten. China, so Greer, arbeite offensichtlich an einer „Machtergreifung in der globalen Lieferkette“.

Globale Rohstoffpreise hängen an vielen unsicheren Faktoren

Der Hinweis auf den satten Anstieg der Gebühren im Schiffsverkehr ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, da diese eine direkte Folge der wechselseitigen Vergeltungsmaßnahmen sind. June Goh, Analytistin beim Rohstoff-Informationssdienst Sparta Commodities, kam zu dem Ergebnis, dass die Einführung neuer chinesischer Schiffsgebühren im US-Kontext die Transportkosten für Händler um über 7 US-Dollar je Barrel Rohöl steigen lassen könnte. Bezogen auf ein Containerschiff entspräche dies einer Gebühr in Höhe von 15 Millionen US-Dollar. Als Ursache nennt die Expertin die Tatsache, dass die Zahl verfügbarer Tanker sinke, die eine Vermeidung höherer Hafengebühren ermöglichen würden. Nach Berechnungen des Analysehauses Clarksons Research sind etwa 12 % der internationalen Rohöltankerflotte von Chinas korrigierten Verschiffungsgebühren betroffen. Renommiertere Schiffsmakler rechneten für Oktober mit einer steigenden Nachfrage nach Tankertransporten in Europa, Afrika, dem Nahen Osten und letzten Endes in den USA. Hier zeigt sich, warum chinesische Reaktionen auf US-Entscheidungen hinsichtlich der Ausfuhr im Technologiesektor und anderen Sparten rund um den Globus zu Mehrkosten führen. Doch zurück zum derzeit wohl größten Druckmittel Chinas: den Kontrollen beim Export Seltener Erden und anderer strategisch entscheidender Rohstoffe.

Die USA sehen Chinas Seltene-Erden-Politik als größte Bedrohung

Die Beziehungen zwischen China und den USA wurden seit Monaten vor allem von chinesischen Exportkontrollen überschattet. Zum wiederholten Mal. Die Wahrscheinlichkeit für ein baldiges Treffen Trumps und Xis stand durch Äußerungen des chinesischen Handelsministeriums unter einem eher schlechten Stern. Das Weiße Haus habe die Folgen der Pekinger Exportkontrollen bewusst grob falsch dargestellt und übertrieben interpretiert, wie es Ministeriumssprecherin He Yongqian formulierte. Dies führe

zu vermeintlich absichtlichen Missverständnissen und Unruhe im globalen Handel. US-Finanzminister Bessent reagierte umgehend, indem er die Notwendigkeit von Genehmigungen für den Export von 12 der für die Industrie wichtigsten 17 Metalle unter das Motto „China gegen den Rest der Welt“ stellte. Diesem Statement steht der Vorwurf gegenüber, die USA würden Pekings Exportkontrollen im eigenen Interesse falsch auslegen und so Unsicherheiten in globalen Lieferketten in Kauf nehmen. Ungeachtet dessen, welche Regierung mit ihrer Bewertung richtigliegt, sorgen allein die gegenseitigen Vorwürfe für Unruhen auf den Märkten.

Trump distanziert sich abermals von eigenen Zolldrohungen

Schlussendlich war es am Ende der US-Präsident selbst, der Zölle in Höhe von 100 % auf Chinas Produkte am 18. Oktober als untragbar titulierte. Ganz so, als habe nicht er, sondern jemand anders den potenziellen nächsten Zollschock wenige Tage zuvor ins Gespräch gebracht. Natürlich sei seine vorherige Ankündigung berechtigt gewesen, denn Chinas Ausfuhrkurs habe ihn zu diesem Schritt gezwungen. Analysten brachten gleich mehrere mögliche Gründe für Trumps politisches Zurückrudern und ein nun wohl doch schon im November bevorstehendes Treffen mit Xi an. Die Sorgen um den Welthandel könnten eher an zweiter Stelle gestanden haben. Die Zolldrohung hatte zum erwähnten Einbruch am Aktienmarkt und ebenso auf dem Markt für Kryptowährungen geführt. Die Familie Trump, so die Spekulationen einzelner Insider, könnte gerade im Kryptosektor von hohen Verlusten betroffen gewesen sein.



Das US-Militär ist von Chinas Rohstofflieferungen besonders abhängig (Quelle: Pixels/Pixabay).

Andere Experten heben hervor, dass eine weitere Eskalation im Handelsstreit auf lange Sicht dramatische Auswirkungen auf die Kriegsfähigkeit der USA haben würde. Die Abhängigkeit der Rüstungsindustrie könnte also ein weiteres Argument für das präsidentielle Umdenken gewesen sein. Abhängigkeiten gebe es aber auf beiden Seiten. Scott Kennedy vom Center for Strategic and International Studies (CSIS) stellte klar, beide Länder seien in erheblichem Maße aufeinander angewiesen. Chinas Waren- und Güterexporte in die USA waren 2024 nichtsdestotrotz etwa 3-mal so hoch wie die US-Ausfuhren in Richtung China. Wirtschaftliche Sicherheitsrisiken gibt es hier wie dort. Angesichts der Übermacht bei Seltenen Erden überrascht es wenig, dass sich das Weiße Haus relativ entspannt gibt, während Donald Trump auffallend rasch auf chinesische Drohgebärden reagiert.

NEWS

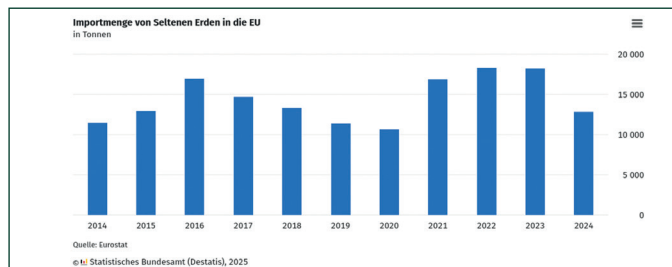
Chinas Einfluss ist bei vielen Rohstoffen ein globales Problem

Die Angst vor der chinesischen Dominanz bei Seltenen Erden ist gleichermaßen nachvollziehbar wie berechtigt. Aus europäischer Sicht ist die Lage brenzlig, könnte die EU doch künftig noch stärker in den Konflikt zwischen China und den USA geraten. Auswege aus der Versorgungskrise sind rar. Immerhin gibt es vereinzelte gute Nachrichten, beispielsweise zum Ausbau eigener Förderprogramme und intensive Bemühungen auf dem Gebiet des Recyclings. Solche Pläne sind ebenso zeit- wie kostenintensiv, weshalb sich nur mit einigem Vorlauf Abhängigkeiten reduzieren und neue Partnerschaften realisieren lassen. Eine neue Studie zeigt, wie sehr Deutschland auf Lieferungen aus China angewiesen ist.

Die Relevanz Seltener Erden für den deutschen Arbeitsmarkt

Das Beratungsunternehmen McKinsey hatte die Entwicklungen im Handelsstreit zum Anlass genommen, um sich die Verbindungen zwischen den Exporten Seltener Erden und dem deutschen Arbeitsmarkt genauer anzusehen. Die Ergebnisse lasen sich ausgesprochen problematisch. Etwa eine Million Arbeitsplätze in unterschiedlichen Branchen würden an diesen begehrten chinesischen Metallen hängen. Allein hier gehe es um einen Beitrag in einer Größenordnung von bis zu 150 Milliarden €, die besagte Industriesparten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen würden. Gemeint sind zunächst nur solche Bereiche, die bei der Produktion explizit Seltene Erden brauchen. Hinzu kämen laut der Analyse weitere 3 Millionen Jobs, die indirekt auf Rohstoff-Lieferungen aus China angewiesen seien. Als Beispiele nannte die Studie den Handel und den heimischen Gastronomiesektor.

Ein vollständiger Stopp der Exporte Seltener Erden würde dem Wertschöpfungseffekt insgesamt rund 370 Milliarden € entziehen, was 9 % der deutschen Wirtschaftsleistung entspräche. Bedenklich: Die Einschätzung im Hause McKinsey war laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) noch vergleichsweise konservativ. Das IW sprach von 1,3 Millionen Berufstätigen in Branchen, die Produkte unter Einsatz Seltener Erden herstellen.



Die Exporte Seltener Erden sanken 2024, ändern aber nichts am Kernproblem Europas (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Mangelnde Lieferalternativen auch bei anderen Rohstoffen

Ein echter Ausfuhrstopp ist fraglos unwahrscheinlich. Die Bereitschaft, Exporte zu drosseln und Preise so künstlich hoch zu halten, ist hingegen offensichtlich. Die Liste der abhängigen Industriesparten wiederum ist lang. Elektronikhersteller benötigen

die 34 Rohstoffe ebenso dringend wie Unternehmen aus dem Maschinenbau, der Chemieindustrie, Medizintechnik und Elektronik. Das Dilemma ist darin zu sehen, dass China mit einem Anteil von fast 70 % bei der Förderung nicht nur der weltgrößte Förderer ist. Geht es um die Veredelung Seltener Erden, bringt es China nach McKinsey-Berechnungen inzwischen auf sage und schreibe 99 %. Bei anderen Rohstoffen wie Platin, Kobalt oder Lithium befindet sich die EU übrigens in einer ähnlich kritischen Abhängigkeit. Dass China die Verarbeitung Seltener Erden im Grunde in Gänze bestimmt, ist aber die größte Herausforderung. Freilich nicht nur aus dem Blickwinkel der EU. Den USA geht es ähnlich, was ein Auslöser der wankelmütigen Politik des US-Präsidenten in den letzten Monaten sein dürfte.

Deutschlands Wirtschaft leidet unter dem eigenen Rohstoffmangel

Die Schwierigkeiten der USA sollen an dieser Stelle jedoch nur am Rande Thema im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sein. Die deutschen Sorgen sind vor allem aus einem Grund noch größere als die US-amerikanischen: Deutschland verfügt über verschwindend geringe eigene Reserven kritischer Rohstoffe, Importe aus dem Ausland sind somit unverzichtbar. Während die Vereinigten Staaten bei etlichen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas, Gold, Silber oder Kupfer sehr wohl auf eigene Bestände zurückgreifen können, fallen die Importabhängigkeiten der deutschen Industrie weitaus schwerer ins Gewicht. Erwähnt sei in diesem Kontext, dass die Schließung des letzten deutschen Metallergbergwerks bereits mehr als 3 Jahrzehnte zurückliegt. Nennenswerte eigene Vorkommen im Bereich metallischer Rohstoffe? Fehlanzeige. Es sind insbesondere für die Energiewende wichtige Vorerzeugnisse und Rohstoffe, bei denen Deutschland kritische Materialien aus anderen Ländern beziehen muss.

Lithium könnte nachfragebedingt vor nächstem Ausbruch stehen

Bei Lithium nennt die McKinsey-Analyse einen Anteil von 79 %, den die europäische Wirtschaft aus Chile bezieht. Der Kurs für Lithiumcarbonat notierte zum Redaktionsschluss bei knapp über 73.350 chinesischen Yuan. Im August hatte der Kurs kurzfristig

einen starken Ausbruch erlebt und stieg während dieses günstigen Marktumfelds zeitweise auf den höchsten Stand seit dem Hochsommer 2024. Die bisherigen Rekorde aus dem Jahr 2022 sind kein sinnvoller Vergleichswert, da damals der russisch-ukrainische Krieg in vielen Bereichen zu extremen Kursbewegungen geführt hatte. Ebenso hatte es im Anschluss in den meisten Fällen wieder Normalisierungen der Preise gegeben. Lithium gehörte in den letzten Monaten wieder zu den Werten, die sich steigender Nachfrage am Markt erfreuen. Die Entwicklungen von Lithium-Aktien deuteten in der Schlussphase des Jahres eine weitere Verteuerung des Rohstoffs an.



Trotz des Rücksetzers im Spätsommer bleibt Lithium ein teures Gut (Quelle: Tradingeconomics).

Unsicherheit nach dem Entdecken neuer deutscher Lithium-Reserven

Eine Schlagzeile führte zum Herbst zu einigem medialen Aufsehen: Berichten zufolge könnte es in der sachsen-anhaltinischen Altmark eines der weltweit größten Lithiumvorkommen mit der Aussicht auf eine nachhaltige Förderung geben. Die Rede war von 43 Millionen Tonnen Lithiumkarbonatäquivalent, sofern die Berechnungen des für Probebohrungen zuständigen Unternehmens Neptune Energy stimmen. Die Deutsche Rohstoffagentur riet umgehend zu zurückhaltendem Optimismus. Deutschland und Europa hätten zwar Potenzial hinsichtlich der Förderung. Zunächst einmal handle es sich wahrscheinlich aber „lediglich“ um generell vorkommende Ressourcen. Inwieweit dieses Potenzial „geologisch und wirtschaftlich“ ausgeschöpft werden kann, müsse erst noch unabhängig geprüft werden. Eine geologisch sichere, positive Bewertung könnte aus deutscher Sicht aber durchaus eine Art Trendwende einläuten. Wie wichtig Lithium für den globalen Wandel ist, zeigte der vor kurzem bekannt gewordene Einstieg der US-Regierung beim Förderunternehmen Lithium Americas in dessen Projekt „Thacker Pass“. Unter einem Präsidenten Trump werden die Vereinigten Staaten nichts unversucht lassen, um sich gegenüber dem asiatischen Konkurrenten stärker zu präsentieren. Der Ressourcen-Spielraum aber ist begrenzt.

Neodym-Preis könnte bald ein höheres Niveau ansteuern

Erwähnung verdient außerdem der Rohstoff Neodym. Auch hier rechnet McKinsey bis zum Jahr 2035 mit einer Verdreifachung der Nachfrage. Der generelle Bedarf an sogenannten schweren Seltenen Erden könnte binnen 10 Jahren auf 176.000 Tonnen ansteigen. Das Angebot könnte im selben Zeitraum um bis zu 30 % fallen. Vor allem dann, wenn China sein Quasi-Monopol in der Sparte noch mehr als bisher ausspielen sollte. Prognosen zu Produktion und Exporten aus Fernost gibt es nicht. Die Volksrepublik hält sich mit Aussagen zu ihren Förderzielen gerne zurück. Selbst für den Fall, dass die von China geförderten Mengen des Rohstoffs in den nächsten 10 Jahren eine Schließung der Versorgungslücke ermöglichen, seien geopolitische Faktoren ein Risiko für die weltweite Neodym-Versorgung und eine wahrscheinliche Garantie für weiter steigende Kurse.



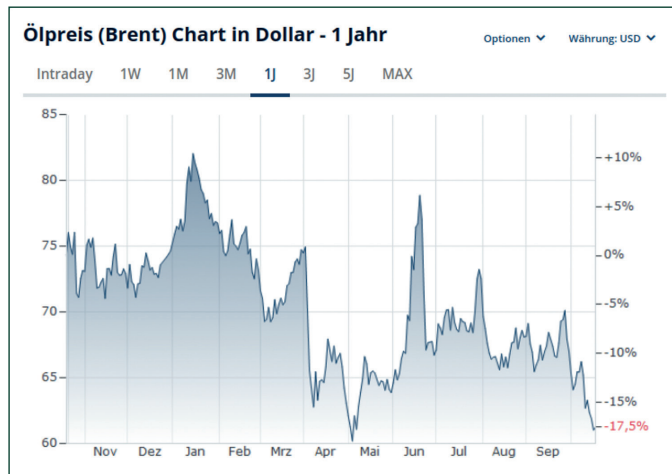
Neodym zeigte zuletzt, wohin die Reise durch den Handelsstreit gehen könnte (Quelle: Tradingeconomics).

Realistisch sei, dass China 2035 für 60 % des Abbaus und der Raffinierung schwerer Seltener Erden im asiatisch-pazifischen Raum verantwortlich sein werde. Einer schnelleren Diversifizierung hinsichtlich der Versorgung mit Seltenen Erden in westlichen Ländern innerhalb von 5 bis 10 Jahren rechnet McKinsey nur geringe Chancen aus. Umso wichtiger seien Investitionen in Sekundärquellen, womit in erster Linie Recycling-Maßnahmen gemeint sind.

Energieeinkäufer kamen in den Genuss spürbarer Entlastungen

Aus Sicht der Industrie sind und bleiben die Veränderungen im Energiebereich gerade im Vorlauf zum Jahresende ein Thema, mit dem es sich zu beschäftigen gilt. Die Erwartung neuer Zölle der USA auf chinesische Produkte spielte hier zwangsläufig eine Rolle. Die vom US-Präsidenten für untragbar erklärten und von ihm selbst zuvor ins Spiel gebrachten Strafzölle von 100 % auf Chinas Einfuhren in die Vereinigten Staaten hätten zum Beginn der Heizperiode sehr wahrscheinlich die Funktion eines Preis-

treibers übernehmen können. Die einstweilen abgewendete neue Eskalation im Streit zwischen den USA und China führte dazu, dass die Preise für Gas und Öl zunächst keine deutlichen Sprünge nach oben machten. Seit Beginn der 2. Amtszeit Donald Trumps hatte es allerdings mehrfach Überraschungen gegeben, die den Energiemarkt zumindest kurzfristig in Aufruhr versetzt hatten.



Mehrfache Ausbruchversuche der Sorte Brent im Jahresverlauf waren eher erfolglos (Quelle: finanzen.net).

Wie lange können Korrekturen der Ölpreise Bestand haben?

Zunächst schien die Gefahr extremer Preisgewinne gebannt. Im Gegenteil sanken die Kurse der wichtigen Ölsorten WTI und Brent auf den tiefsten Stand seit 5 Monaten. Der Kurs der Nordseesorte Brent drohte zum Start der 4. Oktoberwoche unter die psychologisch relevante Schwelle von 60 US-Dollar abzurutschen. Obwohl dieses Szenario zu dieser Zeit nicht eingetreten war, gilt das bekannte Motto: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“. Der Sorte WTI widerfuhr Ähnliches. Bei Veröffentlichung dieser Ausgabe könnte der Preis unter Umständen sogar unterhalb von 55 US-Dollar angekommen sein. Die Preissorgen zu dieser Zeit ließen sich nach Aussagen des Commerzbank-Rohstoffexperten Carsten Fritsch in weiten Teilen durch den offenen Konflikt zwischen Washington und Peking erklären. Weiterhin herrsche am Markt die Angst vor einer längeren Phase ganz ohne eindeutige Preissignale. Aufwärtsbewegungen wiederum könnten sich aus besseren US-Wirtschaftsdaten und einer Entspannung im Handelsstreit entwickeln.

Europa leitet endgültigen Abschied von russischem Gas ein

Gemessen am Mittel des Zeitraums von 2017 bis 2021 entsprach dies laut der Transparenzplattform AGSI einer negativen Differenz von 13 %. Im Fall eines „harten“ Winters könnte dieses Defizit laut einigen Experten tatsächlich zu einem gelegentlichen, höheren Importbedarf führen. Die neuen LNG-Terminals decken derzeit weniger als 10 % der Importe in Deutschland. Eine spannende Frage wird sein, wie es in Europa in Zukunft beim Thema Gas weitergehen wird, nachdem sich 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten am

20. Oktober für ein vollständiges Ende der russischen Lieferungen ab dem Jahr 2028 ausgesprochen hatten. Als einzige Länder hatten sich die Slowakei und Ungarn als Binnenstaaten dagegen entschieden und sich wegen etwaiger Versorgungsengpässe in Krisenzeiten gegen ein Ende russischer Lieferungen ausgesprochen.

Die EU behält sich währenddessen das Recht vor, die Vereinbarung bei Eintreten schlimmerer Probleme aussetzen zu können. Ohne solche Schwierigkeiten stehen die Langzeitlieferverträge mit Russland vor dem Aus. Entscheidend: Über Pipelines geliefertes Gas ist vom Beschluss ebenso betroffen wie Flüssigerdgas (LNG). Die EU reagierte auch auf Kritik, sich nicht so schnell wie zugesichert vom Partner Russland getrennt zu haben.

Hoher Goldpreis spiegelt die Sorgen der Wirtschaft wider

Geht es um die bestimmenden Erschwernisse des Einkaufs, führt kein Weg an Edelmetallen vorbei. Genau hier lauerten für Einkäufer nicht erst seit diesem Sommer hohe Fallstricke. Gold war 2025 das Paradebeispiel für einen preislichen Überflieger, aber keinesfalls die einzige Kostengefahr. In den Depots der meisten risikobewussten Anleger dürfte der Rohstoff inzwischen zu finden sein. Der stete Höhenflug des Kurses rief indessen sehr wohl auch Mahner auf den Plan, die vor einer Korrektur warnten. Ein Argument gegen eine Bereinigung des Preises war dagegen die wachsende Angst vor der ersten Banken- und Finanzkrise in den USA seit 2007. Gold kommt hier gleich eine doppelte Bedeutung zu.



Der Goldkurs kennt seit dem Sommer nur eine Richtung und eilt zu neuen Hochs (Quelle: finanzen.net).

Einerseits profitiert der Rohstoff traditionell von Einbrüchen im Bankensektor, wobei es in diesem Punkt nicht nur um den US-Markt geht. Andererseits ist das Edelmetall einer, wenn nicht gar der wichtigste Indikator für Schwierigkeiten im Finanzsektor. Dass Gold innerhalb von 12 Monaten um 45 % und im Zeitfenster von 3 Jahren um fast 120 % steigen konnte, liegt sowohl an den genannten Trends im Finanzsektor als auch an der übergeordneten ökonomischen global schwierigen Lage. Die Wall Street schien die größten Sorgen Ende Oktober vorerst hinter sich

gelassen zu haben. Anleger und Einkäufer verweilen trotzdem in Hab-Acht-Stellung, was dem Preis des Edelmetalls noch mehr Schwung verleihen konnte.

Silber rückt mehr und mehr als Anlageprodukt in den Mittelpunkt

Für viele Investoren bleibt Gold in schwierigen Momenten das Anlagemittel der Wahl. Spätestens 2025 hat diese Einschätzung dessen ungeachtet einen Wandel durchlaufen. Auch andere Edelmetalle werden von Analysten immer häufiger als Absicherung in kritischen Phasen empfohlen. Silber genießt einen guten Ruf, da der Rohstoff lange hinter Gold eine Art Schattendasein gefristet hatte. Diese Zeiten sind Geschichte. Wer die Relevanz von Silber unterschätzt, übersieht die Zeichen der Zeit. Am Londoner Spotmarkt hatte es durch die große Nachfrage zeitweise Engpässe gegeben. Nur deutliche Zuflüsse aus den USA und China konnten während der vergangenen Wochen Liquiditätsengpässen auf dem größten außerbörslichen Edelmetall-Handelsplatz der Welt einen Riegel vorschieben. Der eigentliche Preisdruck blieb aus.



Steigende US-Silberzuflüsse führten zu einer leichten Marktentspannung (Quelle: Wallstreet-Online.de).

Analysten schätzten, dass innerhalb von Wochen bis zu 20 Millionen zusätzliche Feinunzen Silber auf der Londoner Börse gelandet sein könnten. Den Anlegerhunger konnte der Nachschub nur für eine Weile stillen. Mitte Oktober bewegte sich der Preis noch deutlich über 52 US-Dollar. Unklar ist, wie der von einigen Quellen geschätzte Anstieg der Silberreserven aus den Vereinigten Staaten und China in den Tresoren der Börse um 1.000 Tonnen oder mehr in den nächsten Monaten den Anstieg beim Preis des Rohstoffs auslösen könnte.

Die London Bullion Market Association gab die „zugeordneten und nicht zugeordneten Silberbestände“ Ende September mit 24.581 Tonnen an.

Das Dauerthema: Gaslieferungen aus Russland beschäftigen die EU

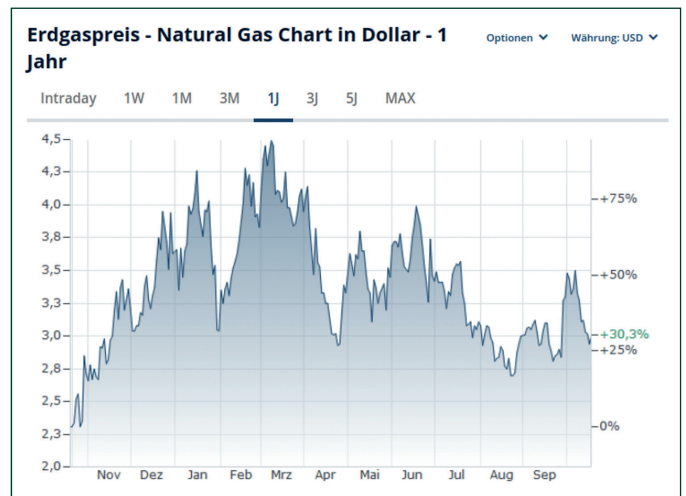
Experten sind sich einig, dass die Anleger die Entwicklungen der Beziehungen zwischen den USA und Russland sehr aufmerksam

verfolgen, um schnell Maßnahmen ergreifen zu können. Einkäufer, die Spielraum für kurzentschlossene Transaktionen haben, konnten ebenfalls von Zeit zu Zeit von gefallen Preisen profitieren.

Trump hatte mehrfach zeitnahe Gespräche mit Russlands Präsident Wladimir Putin thematisiert, was gleichermaßen Spuren bei der Marktstimmung hinterlassen hat. Bezogen auf das angesprochene potenzielle Überangebot war es eine Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA), die für 2026 einen täglichen Überschuss von 4 Millionen Barrel erwartet. Mehr noch waren die US-Rohölreserven entgegen den Erwartungen vieler Analysten in den letzten Jahren auf 423,8 Millionen Barrel (+ 3,5 Mio. Barrel) gestiegen. In Indien kündigte sich die Bereitschaft einer Anhebung der Energieimporte aus den USA an. Dass es dort an eindeutigen Signalen in diesem Zusammenhang fehlte, erklären Marktkenner durch das indische Ziel einer größeren Diversifizierung bei der Energiebeschaffung. Statt mehr Öl aus US-amerikanischer Produktion einzukaufen, könnte das Land künftig trotz Trumps Kritik verstärkt auf eine russische Versorgung setzen.

Die größten Volkswirtschaften geben auch bei Gas die Richtung vor

Auf dem Gasmarkt gab es während des Jahres starke Korrekturen. Der wesentliche Unterschied zu Öl ist darin zu sehen, dass die Preise nach Trumps Wiedereinzug ins Weiße Haus dramatisch gestiegen waren. Phasenweise sah es im März so aus, als könnte der Preis zum ersten Mal seit 2,5 Jahren wieder deutlich steigen, wie es unter anderem die Forward-Kurse an der New Yorker Rohstoffbörse (NYME) vermuten lassen. Der Worst Case blieb aus; im Folgenden kam es zur Bereinigung, die den Preis bis August wieder unter 2,80 US-Dollar drückte. Nicht ohne weitere Versuche einer Erholung – wie beispielsweise im Juni 2025, als die Sorte kurz an der Marke von 4,00 US-Dollar kratzte.



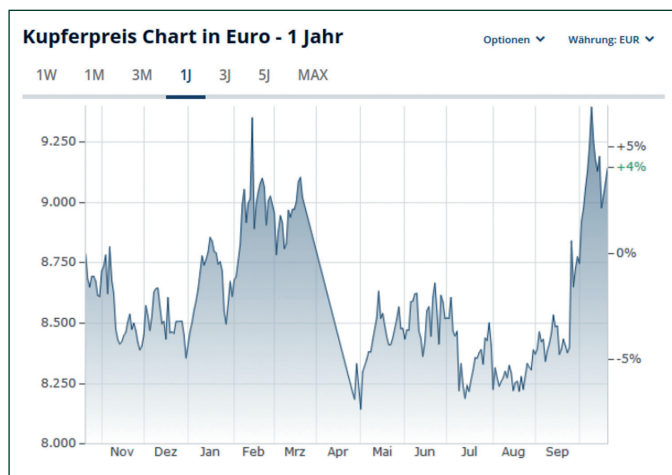
Auch Gas kämpft nach regelmäßigen Extremen mit Kursproblemen (Quelle: finanzen.net).

Das Plus von gut 30 % seit Oktober 2024 kann sich in diesem Umfeld dennoch sehen lassen. Ein Plus von über 7 % in den

4 Wochen vor Redaktionsschluss dürfte für den Einkauf ein Hinweis auf die Preisrisiken während der kalten Jahreszeit sein. Ein wichtiges Kriterium für die deutsche Industrie ist in diesem Fall der Füllstand der Gasspeicher. Am Stichtag 18. Oktober waren Deutschlands Gasspeicher zu 75 % gefüllt. Gemessen am Mittel des Zeitraums von 2017 bis 2021 entsprach dies laut der Transparenzplattform AGSI einer negativen Differenz von 13 %.

Kupfer setzt zum Herbst zur weiteren Jahresendrallye an

Sieht man von Energie und Edelmetallen ab, lag das Hauptaugenmerk im Jahr 2025 zuvorderst auf den Werten Kupfer und Nickel. Die beiden Rohstoffe sind gewissermaßen die größte positive und negative Seite der Marktmedaille. An den Kupfermärkten fehlte es in letzten Wochen an der für Einkäufer so wichtigen Beständigkeit. Die Bestände an der London Metal Exchange sanken im September im Vormonatsvergleich um 9 %. Gleichzeitig verzeichnete die Shanghai Futures Exchange (SHFE) einen Anstieg der Reserven um 19 %. Auch hier wird die dominierende Marktposition Chinas diesbezüglich offensichtlich.



Seit Ende September befindet sich Kupfer in einem neuen Aufwärtstrend (Quelle: finanzen.net).

Kupferpreis könnte sich bei über 9.000 € festsetzen

Aktuelle Berechnungen der IKB Deutsche Industriebank AG weisen einen Anstieg der globalen Kupferminenproduktion um 3,3 % bis Ende Juli aus. Als Grund nennen die Experten eine Ausweitung der Kapazitäten am Markt sowie neue Minenprojekte. Chile habe die Produktion um 2,3 % gesteigert, Peru um 3,3 %.



KEINE HOFFNUNG AUF DAUERHAFT GÜNSTIGE ENERGIE FÜR DIE INDUSTRIE

Entlastungen bei Energiepreisen sollten nicht zu der Annahme langfristig preiswerter Konditionen verleiten. In

vielen Analysen tauchte wiederholt die Redewendung von „der Ruhe vor dem Sturm“ auf. Zwar kündigten die OPEC+-Länder an, den Ölhahn in Zukunft weiter aufzudrehen, was die Ölpreise aus der Region hatte fallen lassen. Das Kartell hatte sich wegen „stabilerer globaler Wirtschaftsaussichten“ zu diesem Schritt entschieden. Das Ziel höherer Förderraten sind laut Analysen jedoch nicht stabile Ölpreise, sondern eine Rückgewinnung verlorener Marktanteile.

Auch der internationale Kupferverbrauch steigt

Parallel zur besseren Produktionslage sah die IKB einen Anstieg der Raffinerieproduktion um 3,9 %, wobei hier eine Steigerung um 7,5 % in China und um 9,5 % in der Demokratischen Republik Kongo ausschlaggebend war. Uneigennützig sei der chinesische Produktionsausbau nicht gewesen. Der internationale Kupferverbrauch nämlich sei im selben Zeitraum um 5,9 % gestiegen, in der Volksrepublik um 9,0 %. Chinas Mehrbeitrag zur Förderung fällt somit geringer als die künftige Nachfrage aus. Das langsamere Wachstum der chinesischen Wirtschaft im 3. Quartal 2025 könnte eine geringfügige Bremswirkung auf den Hunger auf Kupfer haben. Eine schwächere Konsumstimmung, umso mehr aber die andauernde, sich weiter zuspitzende Immobilienkrise im Reich der Mitte, kann Chinas Probleme im kommenden Jahr verschlimmern. Denkbar wäre eine Abschwächung der Rohstoffnachfrage ab dem neuen Jahr. Noch aber wächst das chinesische Bruttoinlandsprodukt in einem Maße, von dem andere Staaten nur träumen können.

Dies gilt in der ausgesprochen problematischen Wirtschaftslage im gleichen Maße sowohl für die meisten Länder Europas als auch für die USA. Über beiden Wirtschaftsräumen schwebt trotz einiger positiver Signale weiter das Gespenst der Rezession.



UNTERNEHMEN SOLLTEN BEI DER PLANUNG AB 2026 VIELE FAKTOREN BERÜCKSICHTIGEN

Seit Pandemie-Beginn hat sich gezeigt, wie entscheidend der Blick auf die wirtschaftliche und politische Gemengelage für den Einkauf ist. Der Ukraine-Krieg und der Konflikt im Nahen Osten sind nicht minder bedeutsam. Dies gilt nicht allein für Energie, wenngleich die Einflussfaktoren in diesem Umfeld besonders zahlreich sind. Nur auf Angebot und Nachfrage zu schauen birgt wesentliche Risiken. Geopolitische Spannungen oder Unsicherheiten zwischen einzelnen Ländern müssen bei Kaufentscheidungen weitaus stärker als in früheren Jahren eingepreist werden.

KURZMELDUNGEN

Wie geht es weiter für Deutschland und die Weltwirtschaft?

Die Aussicht auf minimalen Aufschwung im laufenden Jahr und eine Erholung ab dem Jahr 2026 waren ein kleiner Trost nach ständigen negativen Schlagzeilen seit Übernahme der Amtsgeschäfte durch die neue Regierung im Frühjahr. Auch deshalb, weil sich die Analysen von Wirtschaftsinstituten durchaus unterschiedlich lesen. Der neuerliche leichte Rückgang der deutschen Erzeugerpreise im September ist eben nicht allein als gutes Zeichen zu verstehen. Eine weitere Entspannung hinsichtlich der Produktionskosten käme vielen Industriesparten zugute. Ohne Berücksichtigung der Trends im Energiesektor zeigten die Berechnungen des Statistischen Bundesamts hingegen eine Stagnation des Erzeugerpreisindex. Dies spricht zwar für eine Stabilisierung in anderen relevanten Sektoren, ändert aber nichts an der übergeordneten Krise.

China für Deutschland wieder der bedeutendste Partner

Die Vorwürfe der USA in Richtung China und andersherum bleiben auf längere Sicht wohl die größte Unwägbarkeit für die Weltwirtschaft von historischem Ausmaß. China hadert zum Jahresende mit dem eigenen Wachstumsvorhaben. Der angepeilte BIP-Anstieg im 3. Quartal konnte trotz eigentlich ordentlicher Daten nicht erreicht werden. Dass diese scheinbare Schwäche für Deutschland von Bedeutung ist, hat einen einfachen Grund: Die undurchsichtige Zollpolitik der Vereinigten Staaten ermöglichte es China, die USA wieder vom Platz 1 der größten deutschen Handelspartner zu verdrängen.

Die USA fallen in der Handelsstatistik selbst verursacht zurück

Gänzlich überraschend kam dieser Wechsel an der Spitze der Liste nicht. Immerhin war China zuvor lange Zeit bereits führend gewesen, bevor sich die USA 2024 an die Spitze setzen konnten. Die Veränderung im Ranking war das Ergebnis zweier wichtiger Tatsachen. Durch die US-Handels- und Zollpolitik exportieren deutsche Unternehmen weniger Waren und Güter in die Vereinigten Staaten. Der erneute Wechsel erfolgte allerdings erst zur 2. Jahreshälfte. Das Statistische Bundesamt gab kürzlich an, Deutschlands Lieferungen in die USA seien von Januar bis August auf 99,6 Milliarden € (-7,4 %) gesunken.

Aufschlussreich ist der direkte Vergleich der chinesischen und US-amerikanischen Daten für den genannten Zeitraum. Deutschland handelte mit den USA in dieser Zeit Waren im Gesamtwert von 162,8 Milliarden €. Der deutsch-chinesische Warenaustausch lag bei 163,4 Milliarden €.

Europäische Märkte dienen China einmal mehr als Absatzpuffer

Wie so oft im wirtschaftlichen Kontext: Was gut klingt, ist nicht zwingend tatsächlich positiv. Denn ein großer Teil dieser Bilanz beruht auf Chinas aggressivem Exportkurs. Durch den Handelsstreit mit den USA sah sich das Land veranlasst, den europäi-

schen Markt – und damit vor allem auch den deutschen – mit einer regelrechten Importschwemme zu überziehen. Der Einbruch deutscher Exporte nach China um 13,5 % auf umgerechnet 54,7 Milliarden € verdeutlicht die ungleichen Handelsverhältnisse. Dirk Jandura vom Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hob die Risiken dieser Schieflage ebenso hervor wie ING-Chefvolkswirt Carsten Brzeski.

Brzeski sah die Verschiebung im Handel und dem daraus folgenden Absatzrückgang bei US-Produkten insbesondere wegen einer Erkenntnis kritisch. Der – übrigens nicht erste – chinesische Importboom gehe mit Einfuhren zu Dumpingpreisen einher. Für heimische Hersteller in Sparten wie dem Maschinenbau, der chemischen Industrie oder bei deutschen Batterieproduzenten sei die preisliche Aggressivität Chinas äußerst bedenklich und besorgniserregend.

Mit Niedrigpreisen könne es die Industrie in Deutschland nicht aufnehmen. Ausgerechnet in dieser schwierigen Phase des Protektionismus in den USA und China fehlt es in Deutschland bisher an einem klaren politischen Kurs. Anderen Ländern Europas ergehe es derzeit ähnlich. China sei einerseits ein wichtiger Handelspartner, aber letztlich für viele Industriezweige der größte globale Systemkonkurrent.

Selbstbewusstes Agieren statt bloßes Reagieren auf Preiseskalation

Europa sei schlecht beraten, gegenüber China höhere Handelsbarrieren zu errichten. Reflexartig sei der Gedanke an eine eigene protektionistische Politik nachvollziehbar. Die richtige Strategie sei dies aber nicht. Die Preise chinesischer Waren würden ohnehin wahrscheinlich weiter fallen. Der Wettbewerbsdruck auf deutsche Unternehmen werde auf diese Weise sowohl national als auch weltweit noch zunehmen, so die Experten weiter. Einen Ausweg könnten für Europa Abschlüsse neuer und schon vor dem Abschluss stehende Freihandelsabkommen mit Ländern wie Indien, Australien oder Indonesien bieten. Damit Deutschland in diesem Rahmen aktiv werden kann, braucht es ein geschlossenes Auftreten der Regierung in Handelsfragen.